



## Antrag

der Abgeordneten **Nicole Bäuml, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Holger Gießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

### **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) konsequent umsetzen I: Strategie statt Stückwerk – BNE braucht einen konkreten Plan**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ist international und verfassungsrechtlich (Art. 131 der Verfassung des Freistaates Bayern) als Kernaufgabe verankert.
- Der UNESCO-Weltaktionsplan und die 2030-Agenda der Vereinten Nationen fordern, dass Bildungsverwaltung und Politik verbindliche Strategien für BNE vorlegen.
- In Bayern fehlen bislang jedoch klare Ziele, Standards und Zeitpläne für die Umsetzung von BNE an Schulen.
- Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie nennt BNE, doch es gibt kein gesamtstaatliches, bildungsspezifisches Konzept.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert,

- eine wirksame BNE-Landesstrategie Bayern zu entwickeln und umzusetzen. Diese soll konkrete Entwicklungsziele, klare Zuständigkeiten, verbindliche Zeitpläne und Qualitätskriterien für BNE in Schule und Lehrkräftebildung enthalten.
- die Strategiefindung partizipativ voranzutreiben (unter Einbeziehung von Lehrkräften, Schulträgern und BNE-Expertinnen und -Experten), einen konkreten Zeitplan vorzulegen und regelmäßig über Fortschritte im Ausschuss für Bildung und Kultus zu berichten.

### **Begründung:**

Eine verbindliche Landesstrategie sichert die langfristige Verankerung von BNE in allen Bildungsbereichen. Sie orientiert sich an den UNESCO-Zielen und der Nationalen BNE-Strategie (SDG 4.7). Auch der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband fordert ausdrücklich eine solche Strategie mit abgestimmten Maßnahmen und Zeitschienen. Ohne verbindliche Rahmenbedingungen bleiben BNE-Initiativen punktuell und abhängig von Einzelleistungen. Eine Strategieregelung würde Ressourcen bündeln, Zuständigkeiten klären und Fortschritte messbar machen. Bildungspolitisch stärkt dies Chancengerechtigkeit, weil alle Schulen – unabhängig von Region und Schulart – dieselben Vorgaben erhalten. Gesellschaftlich ermöglicht es, die jungen Menschen kompetent auf Klima-, Umwelt- und Sozialkrisen vorzubereiten. Pädagogisch fördert eine Strategie Systematik, Vernetzung und Kontinuität in der Schulentwicklung (Whole-School-Approach).